

Protokoll

27. Sitzung (öffentlich) - gemeinsam mit dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages

28. Februar 2002

12.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Kiel - Landeshaus

Vorsitz: Abgeordneter Karl-Rudolf Fischer (SPD)
Abgeordneter Manfred Lenz (SPD)

Ausschussreferentinnen: Frau Tschanter
Frau Markowski

Anwesenheit: (siehe Anlage)

Datum der Ausgabe: 00. Mai 2002

Verhandlungspunkte:

1. Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit beider Länder bzw. Landtage mit dem Gebiet Kaliningrad und dessen Gebietsduma
2. Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit beider Länder bzw. Landtage mit der Republik Polen resp. einzelnen Wojewodschaften
3. Verschiedenes

Festlegungen/Beschlüsse:

1. Beide Europaausschüsse stellten Übereinstimmung in folgenden Punkten fest:
 - Beide Europaausschüsse erkennen die Frage der Aus- und Fortbildung und der politischen Bildung als eines der zentralen Probleme an.
 - Beide Europaausschüsse erkennen, dass Fragen der Landwirtschaft in den Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit rücken und dass eine Analyse diesbezüglich zu setzender Schwerpunkte durchgeführt werden muss.
 - Als Ziel der Arbeit erkennen beide Europaausschüsse die Demokratisierung im Gebiet Kaliningrad und insbesondere die Aktivierung zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen, die hauptsächlich Träger von Aktivitäten in Richtung Kaliningrad sein müssen, an. Vonseiten der Politik kann hier initiiert, flankiert und begleitet werden.
 - Beide Europaausschüsse setzen sich weiter für die Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des Gebietes Kaliningrad ein. Sie bildet die Grundlage für die Pflege von Kontakten. Insbesondere wird die Einrichtung einer Flugverbindung angemahnt.
 - Beide Europaausschüsse regen an, einen Schwerpunkt auf die Lösung der Frage nach Errichtung einer Konsularischen Vertretung im Gebiet Kaliningrad in absehbarer Zeit zu legen. In dieser Frage wird vonseiten des Auswärtigen Amtes zumindest eine aktive Gesprächshaltung erwartet.

Beide Europaausschüsse stehen der Erwägung der Eröffnung eines EU-Büros in Kaliningrad positiv gegenüber. Die Aufgaben eines solchen Büros wären zu prüfen.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

- Beide Europaausschüsse wollen sich dafür einsetzen, dass die Frage Kaliningrad in den Mittelpunkt einer aktiven Diskussion in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Ostseerat gestellt wird.
- 2. Beide Europaausschüsse stellen fest, dass mit Blick auf Kaliningrad auf politischer und parlamentarischer Ebene Koordinierungsbedarf besteht. Es wird angeregt, eine zwischen Schleswig-Holstein und Brandenburg koordinierende Gruppe einzurichten.

Aus der Beratung:

Vorsitzender Fischer (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) begrüßt die Anwesenden und zeigt sich über den Besuch des Ausschusses des Brandenburger Landtags erfreut. Es gebe eine ganze Reihe von Punkten, die die beiden Ausschüsse zusammenführen werden und über die sehr gut und sehr fruchtbar diskutiert werden könne. Er weist darauf hin, dass es bereits in der Vergangenheit eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen den Landtagen auf der Ebene der Landtagspräsidenten sowie kontinuierliche Kontakte zu den Sorben in Brandenburg gegeben hätte.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich Abgeordneter Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) und er die Moderierung der Tagesordnungspunkte teilen und er selbst in der Diskussionsführung den Tagesordnungspunkt 1 übernimmt, eine kurze Vorstellungsrunde abgehalten und zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten einleitend eine kurze Darstellung der Aktivitäten der beiden Länder in Richtung des jeweiligen Zielorts gegeben wird, und stellt das Einverständnis über das vorgeschlagene Verfahren fest.

Zu TOP 1: Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit beider Länder bzw. Landtage mit dem Gebiet Kaliningrad und dessen Gebietsduma

Vorsitzender Fischer (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) merkt an, dass beide Landtage auf parlamentarischer Ebene ein Memorandum, eine Kooperationsvereinbarung, mit dem Ziel, sich um Kaliningrad zu kümmern und über die notwendigen Schritte für die ökonomische und soziale Entwicklung zu diskutieren, abgeschlossen hätten.

Es sei sehr wichtig, dass sich die Parlamente, die diese Kontakte pflegen, zusammensetzen, über Schwerpunkte reden, erste koordinierende Maßnahmen überlegen, um eine solche Unterstützung konstruktiv und produktiv zu gestalten. Koordination wäre unabdingbar, da es nicht gut sei, wenn verschiedene Teilnehmer auf ein gleiches Ziel hinarbeiten, ohne voneinander zu wissen.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Der Vorsitzende erteilt Frau Prof. Schmidt-Kärner das Wort, die die diesbezüglichen Aktivitäten des Schleswig-Holsteinischen Landtages darstellt.

Frau **Prof. Schmidt-Kärner** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) erklärt, dass sie sich seit einem Jahr an der vom Landtag für die Umsetzung des Memorandums geschaffenen Stelle bemühe, die Belange des Europaausschusses, die dieser in der Zusammenarbeit mit Kaliningrad vertreten will, auch umzusetzen und zum Leben zu bringen. Im vergangenen Jahr seien dabei durch die 14-tägige Hospitation zweier Verwaltungskollegen aus Kaliningrad diesbezüglich erste Anfänge gemacht worden. Dies sei der Startschuss für weitere geplante Hospitationen von jungen Verwaltungskollegen und auch von Abgeordneten der Duma gewesen. Das Spektrum der Aktivitäten erstrecke sich aber auch auf ein im Sommer stattfindendes Fußballspiel in Kaliningrad und auf die für April geplante Reise des Europaausschusses nach Kaliningrad, bei der er sich die Stadt und die Örtlichkeiten anschauen und mit der Duma Gespräche führen wolle. Ferner würden am 4./5. April Kunstausstellungen in Kiel und eine Ausstellung über den Schleswig-Holsteinischen Landtag in der Duma in Kaliningrad eröffnet.

Es sei nicht nur geplant, auf parlamentarischer Ebene zu arbeiten, die Absichtserklärung des Landtages ziele auch darauf ab, zivilgesellschaftlich aktiv zu werden und die Arbeit von NGOs zu unterstützen. Zu diesem Zweck habe man vor zwei Jahren eine Studie zur Situation der Zivilgesellschaft in Kaliningrad in Auftrag gegeben, und unter diesem Aspekt sehe man auch die vom Landtag zusammen mit NGOs angedachten und bereits durchgeführten Projekte. So sei Mitte Januar ein landwirtschaftliches Projekt im Rayon Gussew mit der Eröffnung einer Winterschule für die Fortbildung von Betriebsleitern in der Landwirtschaft und Lehrern sowie für Techniker, die den Umgang mit moderner Technik im Reparaturverfahren erlernen sollen, gestartet worden. Dieses Projekt werde von einem Förderverein und vom Landtag gemeinsam finanziert und solle immer von November bis April laufen. Der Zulauf sei so groß, dass es mehr Anmeldungen als zur Verfügung stehende Plätze gibt, und das Projekt erfolgreich, da der Ausbildungsstand in der Landwirtschaft in Kaliningrad als sehr desolat zu bezeichnen sei. Es fehle der Praxisbezug, und in dieser Richtung werde auch weitergearbeitet, um schulische Ausbildung mit guter Praxis zu verbinden. So sei in der vergangenen Woche der Bildungsabteilungsleiter zu Gast in Kiel gewesen, um sich über die Ausbildung zum Landwirt in Schleswig-Holstein zu informieren. Dabei sei ihm die gesamte vertikale Ausbildung (Ausbildungshöfe und universitäre Einrichtungen) vorgestellt worden.

Ein weiteres Projekt im Rahmen der Veränderung und Betreuung der Zivilgesellschaft sei „Präventive Jugendarbeit“. Die Robert Bosch Stiftung habe über eine NGO diesbezüglich Unterstützung angeboten, sofern in Kaliningrad ein besonderes soziales Zentrum eröffnet werden könnte. Denn ein großes Problem in Kaliningrad sei, dass die Jugendlichen, die in den Schulen und Internaten leben, am Wochenende und in den Ferien keine Bleibe haben. In Zusammenarbeit mit einer in Kaliningrad ansässigen NGO sollen die bundesdeutschen Modelle des betreuten Wohnens

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

dort in Stadt und Land durchgeführt werden. Es lägen auch bereits Angebote von Tischlereien und Autowerkstätten vor, die gleichzeitig dort eingerichtet werden könnten, um den Jugendlichen Arbeitsmöglichkeiten zu geben.

Dieses Projekt laufe mindestens über fünf Jahre, da es über diesen Zeitraum finanziert werden kann. Jedoch liege keine Vollfinanzierung vor, sodass noch Möglichkeiten zur weiteren Finanzierung geschaffen werden müssten.

Dies seien die Projekte für die Veränderung oder Unterstützung zur Verbesserung der zivilgesellschaftlichen Prozesse in Kaliningrad. Weiter sei der „Initiativkreis Kaliningrad“ in Schleswig-Holstein zu erwähnen, den Landtagspräsident Arens vor einem Jahr durch das Zusammenführen aller NGOs im Land, gegründet hätte. Den Vorsitz führe Rolf Fischer. Ziel des Projekts sei die Bündelung und Koordinierung von (laufenden) Aktivitäten in Schleswig-Holstein, wofür der Initiativkreis zwei bis dreimal im Jahr zusammenkäme. Hilfreich sei dabei eine Broschüre, in der die Adressen von 60 Initiativen gesammelt wurden, um so die Arbeit auch bekannt zu machen.

Vorsitzender Fischer (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) bedankt sich für die Darstellung der Projekte und ergänzt sie um drei politische Punkte. Ziel des Initiativkreises sei es, dass die Politik eine koordinierende und flankierende Aufgabe übernimmt, um die Schleswig-Holsteinischen Institutionen, die mit Kaliningrad zusammenarbeiten, zu begleiten. Erstens sei festzulegen, wer in Schleswig-Holstein was macht, zweitens sei darüber zu reden, ob es Schwerpunkte gibt, die von der politischen Seite unterstützt werden sollten, und drittens seien politische Fragen wie die Konsequenzen aus der EU-Erweiterung, der Zoll und die Visaregelungen anzusprechen. Er bittet diese Konfliktpunkte aus Brandenburger Sicht darzustellen.

Abgeordneter **Lenz** (Landtag Brandenburg, SPD) führt aus, dass die Brandenburger Seite erst vor einem Jahr dem bilateralen Abkommen beigetreten sei und der Ausschuss derzeit bestimmte Aktivitäten vorbereitet. So sei in der jüngsten Ausschusssitzung der Landtagspräsident beauftragt worden, die Möglichkeiten in der Verwaltung wie auch auf der Abgeordnetenebene und in den Ministerien, einen Praktikantenaustausch zu realisieren, zu prüfen. Das Ergebnis liege in absehbarer Zeit vor, worauf dann reagiert werden soll. Er fügt an, dass Brandenburg aber wesentlich länger mit Kaliningrad verbunden sei, und bittet vonseiten der Ministerien Herrn Dr. Bethkenhagen, über die Aktivitäten der vergangenen Jahre zu berichten. Brandenburg verfüge allein schon aufgrund der Vorwendezeit über sehr gute Kontakte zu Kaliningrad und könne diese auch nutzen.

Auch sei den Kaliningrader Landwirten bereits vonseiten der Ministerien geholfen worden.

Im Weiteren schlägt Abgeordneter Lenz vor, sich von Brandenburger Seite mit Fachkräften in der Winterschule zu engagieren.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Herr **Dr. Bethkenhagen** (Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten Brandenburg) äußert, der politische Rahmen für die Zusammenarbeit Brandenburgs mit dem Gebiet Kaliningrad sei 1994 gelegt worden, als Ministerpräsident Stolpe und der damalige Gouverneur *Madutschkin* die Erklärung über die gemeinsame Zusammenarbeit unterzeichneten. Diese basierte in den ersten Jahren auf einer Vielzahl von praktischen Projekten im Bereich der Landwirtschaft und beinhaltete die Lieferung von Landtechnik (zum Teil ausgemusterter aus der DDR), Saatgutlieferungen und Praktikantenbesuche in Brandenburg. Durch den neuen Gouverneur *Gordjenko* sei es zu einer Eiszeit in den Beziehungen zu Brandenburg gekommen, die dann aber Ende der neunziger Jahre wieder auflebten. Die Zusammenarbeit habe sich auf den Bereich der Wirtschaft erweitert. Es gebe eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Russischen Haus, in dem eine Vortragsreihe zum Thema „Brandenburg stellt sich vor“ stattfand. Ferner seien Fertighäuser für zurückkehrende russische Soldaten in Kaliningrad gebaut worden. Sehr intensiv sei die Zusammenarbeit bei der humanitären Hilfe. So widme sich die Partnerorganisation „Pro Brandenburg“ mehreren Einrichtungen in Sowjetsk, insbesondere einem Waisenhaus für 250 Bewohner, das fast vollständig renoviert wurde. Diese humanitäre Hilfe habe sich jetzt auch auf ein Altenheim und ein Jugenddurchgangslager ausgeweitet und solle intensiv fortgeführt werden.

Im Folgenden erwähnt Herr Dr. Bethkenhagen verschiedene Brandenburger Aktivitäten wie den Auftritt des Potsdamer Oratoriumchors in Kaliningrad, Veranstaltungen des Unternehmervverbandes und die Fotoausstellung eines Kaliningrader Fotografen im Landtag. Zudem spricht er das Anliegen Brandenburgs, sich für den Ausgleich von möglichen Nachteilen, die sich im Zuge der EU-Erweiterung für Kaliningrad ergeben (Stichwort: Kaliningrad als EU-Enklave), stark zu machen, an. Ihm bereiteten diese Fragen große Sorgen, wenngleich es nicht nur diese Fragen seien, die neue Grenzen in Europa aufbauen, sondern auch die Problematik der hohen Wartezeiten an der Grenze, die nicht gerade zum Investieren und Reisen einladen.

Weiterhin sei gemeinsam mit der deutsch-polnischen Regierungskommission geplant, Kaliningrader Grenz-, Zoll- und Polizeibeamte an die deutsch-polnische Grenze einzuladen, um die hiesige Abfertigung zu zeigen. Auch hätten in Brüssel Gespräche über das zukünftige Visaregime und grenzüberschreitende Arbeit stattgefunden. Anlässlich des Preußenjahres sei eine Spendenaktion zur Rettung des Königstores in Kaliningrad gestartet worden. Zwar seien die Spenden nicht wie erwünscht geflossen, jedoch solle die Aktion fortgeführt und Partner sollen gefunden werden. Schließlich gebe es in der Verwaltung eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten, in der alle Aktivitäten gebündelt würden.

Abgeordneter **Ehlers** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) merkt an, dass die gegenseitige Information über bisherige und zukünftige Aktivitäten sowie über die weitere Schwerpunktsetzung und die Abstimmung von Gemeinsamkeiten gut, aber vor allem

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

die Abstimmung einzelner Maßnahmen sehr wichtig sei. So könnten Doppelleistungen vermieden werden, und jeder könne seine eigenen Schwerpunkten verfolgen, ohne Ressourcen zu vergeuden. Nachfolgend stellt Abgeordneter Ehlers fest, dass der wichtigste Punkt sei, die dortigen Grundstrukturen zu verändern. Die Zeit der Hilfstransporte sei vorbei; hiermit könnten die Grundstrukturen nicht verändert werden. Es sei ganz deutlich geworden, dass die Veränderung in die Köpfe der Menschen kommen muss. Daran müsse gearbeitet werden. Hoffnungsvolle Ansätze diesbezüglich seien zumindest in der Jugend vorhanden, die zu Veränderungen bereit sei. Erschreckend sei der katastrophale Zustand der Landwirtschaft in Kaliningrad. Der Selbstversorgungsgrad liege bei nur 50 %. Auch fehlten die Grundstrukturen, um Privatisierungen anzupacken. Die Kaliningrader Lage sei, weit entfernt von Moskau und zukünftig von EU-Staaten umgeben, weiter problematisch. Die Regierung in Kaliningrad dürfe von dem für die Beitrittsstaaten zu erwartenden Aufschwung nicht ausgeschlossen werden

Abgeordneter **Behm** (Landtag Schleswig-Holstein, FDP) fragt, wie das Land Brandenburg mit der Ängstlichkeit der Russen umgeht, die sich vor einer Re-Germanisierung fürchten. Auf der Kieler Woche meinte er festgestellt zu haben, dass von russischer Seite vertreten wird, jede politische Bewegung in der Region Kaliningrad müsse über Moskau laufen. Aus diesem Grunde sei er damit zufrieden, dass sich die Aktivitäten beider Länder auf kleine regionale Projekte konzentrieren, da das große Ziel der Integration oder der Verbesserung der Lage der künftigen Enklave nur über die Europäische Union möglich sein wird. Gerade aus diesem Problem halte sich doch auch die Bundesregierung heraus. Abgeordneter Behm fragt an, welche Erfahrungen das Land Brandenburg mit anderen Ländern der Europäischen Union, insbesondere mit den skandinavischen Ländern, diesbezüglich gesammelt hat, die sich ebenso in der Region Kaliningrad engagieren. Weiterhin sei fraglich, wie Polen mit dem Gebiet Kaliningrad umgeht, wie dies von deutscher Seite zu bewerten sei und ob man Polen in die Aktivitäten miteinbezieht.

Abgeordnete **Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein, SSW) zeigt sich mit den vom Abgeordneten Ehlers getroffenen Ausführungen einverstanden, die Zeit der Einzelprojekte sei vorbei. Zu überlegen sei, wie man das Ziel der Zivilgesellschaft in Kaliningrad erreichen kann. Es müsse Aufgabe der Landesparlamente sein, alles das zu unterstützen, was in Richtung mehr Demokratie und mehr Zivilgesellschaft in Kaliningrad gemacht werden kann.

Des Weiteren fragt sie die Brandenburger Kollegen, inwiefern Überlegungen im Gange sind, die von dieser Zielsetzung - in Schleswig-Holstein stehe sie mit an oberster Stelle - ausgehen.

Abgeordneter **Ritzek** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) stellt die von Frau Spoorendonk getroffene Aussage: „die Zeit der Einzelprojekte sei vorbei“ in Frage. Wichtig für die Menschen seien gerade die Einzelprojekte.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Abgeordnete Frau **Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein, SSW) wirft ein, dass natürlich auch weiterhin Hilfe notwendig sei, doch müssten vor dem Hintergrund des Memorandums nachhaltigere Projekte angestrebt werden.

Abgeordneter **Ritzek** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) erwähnt, dass bei der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz zu erfahren gewesen sei, dass Gesundheit, Seuchengefahr und internationale Kriminalität bei der nächsten Konferenz dominierende Themen sein werden, und fragt an, ob sich beide Ausschüsse damit befassen sollten.

Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) betont, dass Einzelprojekte wie nachhaltigere Projekte von Bedeutung seien, und würdigt die Aktivitäten der Kirchen.

Er geht kurz auf den Besuch des neuen Gouverneurs Jegorow im Februar 2002 in Potsdam ein und nennt die behandelten Themen: Landwirtschaft, zukünftige Probleme mit dem Schengen-Abkommen sowie das Anstoßen politischer Bildung durch das Land Brandenburg. In diesem Zusammenhang hebt er das ausgesprochen große Interesse des Gouverneurs Jegorow an einer Zusammenarbeit hervor. Dies stelle eine sehr gute Voraussetzung dar. Auch habe der Gouverneur in kürzester Zeit mehr geschafft als seine Vorgänger. So habe dieser vor allem das Sonderprogramm für das Gebiet Kaliningrad für den Zeitraum von zehn Jahren angestoßen, was bereits die Duma in Moskau passiert haben soll. Auch das Interesse Moskaus an diesem Gebiet, das nach Meinung des Abgeordneten Habermann ein Experimentierfeld für Russland im Umgang mit der Europäischen Union darstellt, sei hieran ersichtlich. Abgeordneter Habermann sieht nach wie vor aufgrund der agrarischen Struktur des Gebietes die Schwerpunktfelder in der Landwirtschaft sowie in der politischen und beruflichen Bildung.

Schließlich zeigt Abgeordneter Habermann sich über den phänomenalen Zulauf im Deutsch-Russischen Haus bei den Deutschkursen erstaunt. Das Deutsch-Russische Haus bilde 600 oder 800 Leute pro Jahr aus. Ein ähnliches Bestreben, die Heimatsprache der Menschen in Kaliningrad zu erlernen, gebe es in Deutschland nicht.

Abgeordneter **Ehlers** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) wolle sich nicht falsch verstanden wissen und macht darauf aufmerksam, dass es nicht Aufgabe des Parlaments sei, sich um die Einzelprojekte zu kümmern. Hierfür gebe es die Initiativen im Land, die die Einzelprojekte weiterhin fördern würden, da diese auch ein verstärktes Vertrauen bei den Menschen erzeugten. Das Parlament habe einen anderen Auftrag.

Abgeordneter **Benker** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) fragt, ob eine Koordinierung zwischen beiden Ländern möglich ist, wenn auf der Brandenburger Seite Landtechnik erwähnt wird und Schleswig-Holstein auf gleiche Weise Landwirtschaft fördert, ob die DEULA miteingeschaltet werden und die Schulen Verbindung mitein-

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

ander aufnehmen sollten. Ferner bittet Abgeordneter Benker um eine Einschätzung Brandenburgs hinsichtlich der Furcht Kaliningrads vor einer Germanisierung, seiner Meinung nach habe sich diese Angst inzwischen in Richtung einer Unionisierung mit der Europäischen Union entwickelt. Davon sei die Aktivität der Bundesregierung abhängig, die aber derzeit weder von der Bundesregierung noch von Moskau erwünscht ist, da Kaliningrad nicht, wie einst geplant, zum achten föderativen Gebiet geworden ist. Des Weiteren fragt er, ob den Ländern unterhalb der Bundesregierung mit Duldung des Auswärtigen Amtes nicht eine sehr viel stärkere Aufgabe zukommt, sehr viel mehr Projektleistungen durchzuführen, sodass man im Auftrag der Bundesregierung tätig werden könnte, damit man die Empfindlichkeiten Moskaus nicht zu sehr stört, denn dies wäre das Schlimmste, was passieren könnte. Erstaunt zeigt sich der Abgeordnete darüber, dass trotz der Hilfeleistung die wirtschaftliche Lage in Kaliningrad schlechter geworden ist.

Abgeordneter **Steenblock** (Landtag Schleswig-Holstein, Bündnis 90/Die Grünen) geht davon aus, dass die Situation in Kaliningrad, auch aufgrund der internationalen Veränderungen des letzten Jahres, eher günstiger geworden ist. Ökonomisch sei es so, dass die Entwicklung im Gebiet Kaliningrad im letzten Jahr erstmals seit 1990 über dem russischen Durchschnitt lag. Vor diesem Zeitraum sei es zu einer massiven Verarmung der Region gekommen. Eine solche Region mit hohen Armutsrisiken und den Folgen von Kriminalität und Destabilisierung könne zu einer Destabilisierung der ganzen Region führen. Daran könne niemand ein Interesse haben, und auch die Russen hätten kein Interesse daran.

Präsident Putin habe bei seinem Besuch in Warschau im Januar diesen Jahres explizit ein Treffen der Präsidenten von Polen, Litauen, Russland und Vertretern der Europäischen Union in Kaliningrad angeregt. Dies zeige die Bereitschaft und Erkenntnis Russlands, Kaliningrad nicht nur als Pilotregion zu fördern, sondern auch tatsächlich umzusetzen. Er würde sich wünschen, dass die Länder diesen Prozess stärker unterstützen.

So wichtig Privatinitiativen seien, gebe es drei zentrale Punkte, die nur auf nationaler Ebene mit Unterstützung der Länder realisiert werden könnten, so zum Einen die Visa-Frage. Das derzeitige Investitionspotenzial würde auch in Zukunft ausgesprochen gering bleiben, wenn nicht bald ein Signal zur Visa-Frage komme. Wenn es nicht gelinge, mit ausländischen Direktinvestitionen in diese Region zu gehen, dann könnten alle Privatinitiativen nur kleine Trostpflasterchen sein. Investitionen seien vordringlich, wofür eine gewisse Sicherheit notwendig sei, die Visa-Frage sei eine davon, um diesen Raum EU-kompatibel zu machen.

Ferner wäre es wünschenswert, über die Bundesregierung die Kooperationsprogramme INTERREG, TACIS, PHARE und andere Investitionen oder Kooperationen zu realisieren.

Hier bedürfe es eines Anstoßes, zum einen über die Büros in Brüssel, zum anderen

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

über die Bundesregierung. In diese Richtung müsste mehr Druck gemacht werden, um die Voraussetzungen für Investitionen in der Kaliningrad-Region zu schaffen; die Bereitschaft sei da. Präsident Putin müsste dabei unterstützt werden.

Herr **Pinter** (Landtag Brandenburg, SPD) möchte von Frau Prof. Schmidt-Kärner gern mehr über die Umsetzung des Praktikantenprogramms in der Landtagsverwaltung wissen, so zum Beispiel, ob es Probleme mit der Visa-Abteilung gibt, ob der Austausch gegenseitig ist, wie sie sich die Hospitation von Abgeordneten vorstellt und ob sie sich beim Praktikantenaustausch eine Kooperation mit Brandenburg vorstellen könnte.

Abgeordneter **Steenblock** (Landtag Schleswig-Holstein, Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich der Frage an Frau Prof. Schmidt-Kärner an und bittet um ihren Kenntnisstand hinsichtlich der konsularischen Vertretung der Bundesrepublik in Kaliningrad.

Dem Abgeordneten **Greve** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) zufolge ist das zentrale Problem des Gebietes Kaliningrad die Landwirtschaft. Bekomme man dieses nicht in den Griff, veröde die Gegend weiter. Ursache hierfür sei die Zerstörung der Katasterämter in den Jahren 1945 ff. gewesen. So seien auch die Drainagepläne zerstört worden. Folglich sei die Drainage nicht mehr verbessert und gepflegt und der Boden von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Die Neuentwicklung der Drainage sei deshalb das zentrale Problem, das es zu unterstützen gelte. Unterstützungsmaßnahmen, die der Industrialisierung dienen, hält Abgeordneter Greve zwar für wichtig, aber zweitrangig. Im Weiteren interessiert den Abgeordneten Greve die Ansicht der PDS hinsichtlich der Entwicklung im Gebiet Kaliningrad und darüber hinaus, welche unterschiedlichen Meinungen sie zu den anderen Parteien hat.

Abgeordnete **Rodust** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) ist der Überzeugung, dass der Ostseerat eine ganz wichtige Aufgabe hat und dass die Politik Putins unterstützt werden muss. Auch müsse begriffen werden, wie hochsensibel diese Thematik ist und das in Moskau diejenigen sind, die die Organisation in den Händen behalten wollen.

Das bedeute, dass die Europäische Union gestärkt werden muss. Dies könne zum Beispiel durch die Einrichtung eines EU-Büros geschehen. Hätte die EU-Kommission, die sich ja mit der Visa-Frage und all diesen Dingen auseinander setzt, die Unterstützung, sich dort darzustellen, dann würde das der Bevölkerung, aber auch vor allem Moskau deutlich machen, dass es eine Aufgabe der Europäischen Union ist, und nicht Deutschlands. Zwar habe Deutschland eine Verantwortung, es sollte aber nicht der große, starke Bruder sein, der alles besser weiß und kann. Zudem möchte Abgeordnete Rodust von den Brandenburger Kollegen wissen, was sie von der Einrichtung eines EU-Büros im Gebiet Kaliningrad halten.

Vorsitzender Fischer (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) bittet im Anschluss an

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

seine Frage, dass sich jemand von der Brandenburger Seite zu den angesprochenen Fragen äußert. Er begrüßt den Gedanken von der Abgeordneten Frau Rodust bzgl. der Einrichtung eines EU-Büros und weist im Weiteren auf die Initiative hin, die sich an den deutschen Außenminister richtet mit dem Ziel, eine eigene konsularische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad herzustellen. Es gebe diesbezüglich vorsichtige Reaktionen. Jedoch bestehe auch das Interesse an einer Übergangslösung. So sei bekannt, dass Schweden eine solche Institution einrichtet und man möglicherweise vorübergehend unter schwedischem Dach deutsche Interessen wahrnehmen könnte. Der Vorsitzende fragt an, ob auch Brandenburg eine derartige Initiative unterstützen könnte und ob dies ein Punkt wäre, den die Europaausschüsse gemeinsam nochmal nach außen, auch gegenüber der Bundesregierung, deutlich machen sollten.

Abgeordneter **Lenz** (Landtag Brandenburg, SPD) möchte im Folgenden auf die Fragen antworten, die sich an den Ausschuss richten, und dann die Fragen, die sich auf Landeserfahrungen beziehen, an Herrn Dr. Bethkenhagen weiterreichen. Seuchengefahr sei kein Thema für den Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik, wohl aber Kriminalität, zumal das begleitende Ministerium auch das Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten ist. Man habe die direkte Kopplung mit dem Minister, und man werde dieses Thema mit Sicherheit annehmen, gerade weil es eine ganz entscheidende Rolle bei der EU-Osterweiterung spielt. Hinsichtlich der Frage „Erfahrungen mit Moskau und den skandinavischen Ländern“ verweist Abgeordneter Lenz auf die folgenden Äußerungen von Herrn Dr. Bethkenhagen, macht aber deutlich, dass sich die Brandenburger Seite darauf verständigt hat, dass eine Entwicklung für Kaliningrad nur funktionieren kann, wenn Moskau einbezogen wird. Eine eigenständige Lösung für Kaliningrad sei nicht machbar. Dies zeige sich auch in allen Gesprächen.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik sei sich darüber bewusst, dass jede Veränderung in und Verbesserung für Kaliningrad auf der Ebene Moskau vorbereitet und umgesetzt werden muss. Das Pilotprojekt Kaliningrad führe aber nicht zu einer Eigenständigkeit. Man könne sich aber in intensiven Gesprächen mit Moskau bemühen, dass Thema Kaliningrad zu einer vernünftigen Lösung für die Bürger im Rahmen der EU-Osterweiterung zu bringen.

Hinsichtlich der konsularischen Vertretung gebe es von Brandenburger Seite Zustimmung und Unterstützung zu diesem Projekt, sofern die Schweden es mitrealisieren würden.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) führt zu den Re-Germanisierungsängsten aus, er frage sich, ob diese überhaupt begründet sind oder ob sie von bestimmter Stelle gerne instrumentalisiert werden, um Sand ins Getriebe zu streuen. Am besten sei es, diese zu ignorieren, denn man stehe nicht in dem Verdacht, Re-Germanisierungsbestrebungen zu verfolgen; vielmehr sollte man sich an den Taten messen lassen.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Beim Bund sei dies etwas anders, dort übe man Zurückhaltung, berechtigt oder nicht berechtigt. Jedoch gebe dies den Ländern Handlungsspielraum, aktiv zu werden, worüber er sehr froh sei. und das wolle man auch so weit wie möglich nutzen, wobei daran zu denken sei, dass die finanziellen und personellen Ressourcen eng begrenzt sind.

Zum Stichwort EU-Erweiterung spricht Herr Dr. Bethkenhagen die Visumpflicht für Russland an, die Polen im nächsten Jahr einführen wird, wodurch sich natürlich die Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Kaliningrad verschlechtern würden. Vordringlich sei deshalb, zu einer praktikablen Lösung zu kommen. In Polen denke man daran, Mehrjahresvisa zu erteilen. Welche Haltung die EU-Kommission vertritt, sei noch nicht klar. Minister Prof. Dr. Schelter würde im Mai nach Kaliningrad reisen und im Deutsch-Russischen Haus einen Vortrag halten, der sich auch gerade mit dem Schengen-Regime befasst. Dabei würde er, wie es leider fast zwangsläufig ist, über Moskau reisen und diese Gelegenheit nutzen, um dort Gespräche hinsichtlich einer praktikablen Lösung zu führen. Die Länder hätten sicher ebenso eine gute Gelegenheit, in der Freundschaftsgruppe „Bundesrat, Russischer Föderationsrat“ das Thema Kaliningrad zu behandeln. Dies sollte genutzt werden, da es auf russischer Seite nicht nur Freunde Kaliningrads gebe, sondern einen scharfen Konkurrenzkampf um die Vergabe der knappen Mittel. Deshalb sollte man dort aktiv werden.

Herr Dr. Bethkenhagen verweist im Weiteren auf die zahlreichen Konferenzen zu dem Thema Kaliningrad. Dies habe 1998/99 begonnen und das öffentliche Bewusstsein zu der Problematik der künftigen EU-Enklave gestärkt. So sei vom East-West-Institute in Potdam im Dezember 2001 eine Konferenz zu diesem Thema durchgeführt worden. In Warschau sei eine Konferenz zu diesem Thema geplant, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert werden soll, und sie sei auch sicherlich nicht die letzte Konferenz. Der Ostseerat sei Herrn Dr. Bethkenhagen zufolge ein sehr spannendes Thema. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob sich die Schleswig-Holsteinische Seite vorstellen könnte, dass sich auch ein nicht direkter Ostseeanrainer an den Arbeiten beteiligt.

Zur Investitionsfrage fügt Herr. Dr. Bethkenhagen an, dass die Verkehrsfrage gelöst werden müsse. Die Verkehrsverbindung nach Kaliningrad habe sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert, so sei die direkte Zugverbindung von Berlin nach Kaliningrad eingestellt worden, sodass man nun ein- oder zweimal umsteigen müsste.

Auch komme man nicht mehr mit dem Flugzeug von Kopenhagen nach Kaliningrad, sodass die Flugwege nur noch über Moskau führen. Der Justiz- und Innenrat der Europäischen Union treffe sich Anfang April 2002 zu einer Sitzung, zu der russische Vertreter eingeladen worden sind und bei der die Visa-Frage thematisiert werden soll. Ein EU-Büro wie eine konsularische Vertretung der Bundesrepublik wären si-

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

cher wünschenswert. Auf jeden Fall solle mehr Reiseverkehr ermöglicht werden. Dass die Visa-Anträge der Kaliningrader über Moskau zu stellen sind, sei nicht gerade als hilfreich anzusehen.

Hinsichtlich einer Koordinierung von Landwirtschaftsprojekten zeigt sich Herr Dr. Bethkenhagen überzeugt, dass das brandenburgische Landwirtschaftsministerium gern bereit ist, Absprachen zu treffen oder zusammenzuarbeiten. Das Landwirtschaftsministerium habe im ersten Halbjahr zwei Seminarveranstaltungen für Kaliningrader zum Thema „Organisations- und Rechtsformen landwirtschaftlicher Unternehmen - Brandenburger Transformationstagungen“ geplant. Des Weiteren sei ein Besuch des Kaliningrader Landwirtschaftsministers in Potsdam geplant.

Abgeordneter **Thiel** (Landtag Brandenburg, PDS) sieht auch eine emotionale Bindung als gegeben, immerhin habe er fünf Jahre in der damaligen Sowjetunion gelebt und sehe die Verhältnisse anders als ein Tourist. Bezogen auf die Frage des Abgeordneten Greve macht er deutlich, dass der Beitritt Brandenburgs zum Memorandum zwischen Schleswig-Holstein und der Gebietsduma Kaliningrad von seiner Partei sehr positiv aufgefasst wurde. Nur habe man im Gegensatz zu den anderen Parteien als Oppositionspartei darauf gedrungen, die Punkte, die in diesem Memorandum festgeschrieben wurden, tatsächlich durch entsprechendes Handeln zu untersetzen.

Seiner Meinung nach sei die Zeit der Projekte lange nicht vorbei. Abgeordneter Thiel gibt zu bedenken, dass man über konkrete Projekte das realisieren kann, was deutschen Interessen entspricht. Jedoch müsse die andere Seite berücksichtigt werden; es seien drei Seiten an diesem Prozess beteiligt. Hinsichtlich der Frage, was Brandenburg für die Verwirklichung des Memorandums leisten kann, gebe es von seiner Partei immer wieder Bestrebungen, Erfahrungsschätze, die noch vorhanden sind, wieder zu beleben. Abgeordneter Thiel spricht die Problematik des grenznahen Raums im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung an und zeigt sich über die Person des neuen Kaliningrader Gouverneurs, der der Problematik anders aufgeschlossen sei als seine Vorgänger, erfreut. Man solle dies nutzen. Bei den Ansätzen sollte man hartnäckig bleiben. Wichtig sei, dass die Kaliningrader bereit sein müssen, ihre Grundstrukturen zu ändern; diesbezüglich könnte man ihnen nur Hilfe anbieten, wie es auch im Memorandum formuliert sei.

Abgeordnete **Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein, SSW) macht nochmals deutlich, dass ihr Eindruck nach dieser ersten Runde sei, und die Einschätzung des Kollegen Ehlers gehe in die gleiche Richtung, dass es den Landesparlamenten darum gehen muss zu fragen, was sie insbesondere leisten könnten. Zwar seien humanitäre Projekte wichtig, doch sei bekannt, dass diese unkoordiniert umgesetzt werden könnten und dass daher eine Koordinierung wie auch die Frage nach dem Ziel von Projekten wichtig sei. Die Frage müsse für beide Landesparlamente lauten, was können sie unter der Überschrift „Nachhaltigkeit“ zur weiteren Demokratisierung dieser Gesellschaft beitragen, und wie können sie die Kräfte in der Kaliningrader

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Gesellschaft stärken. Auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union gesehen müsse es um eine Stärkung der Demokratie in Kaliningrad gehen. Des Weiteren geht Abgeordnete Spoorendonk auf den Vorschlag, ein EU-Büro in Kaliningrad zu errichten, ein und regt an, diesen Punkt auf der Ostseeparlamentarierkonferenz einzubringen.

Abgeordneter **Ritzek** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) verweist auf den am 28. Februar 2002 beginnenden Verfassungskonvent auf Grundlage der Beschlüsse von Laeken. Es sei eine einmalige Chance, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu entscheiden, welche Aufgaben besser von der Europäischen Union, von der Bundesrepublik oder den Ländern durchgeführt werden können, diese zu definieren und in den Konvent einzubringen. Man habe ja zwei Mitglieder vom Ausschuss der Regionen, der mit sechs Vertretern im Konvent vertreten ist, unter sich und könne in der Folgezeit gemeinsam die Aufgaben definieren, die besser von den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg gelöst werden sollten.

Abgeordneter **Steenblock** (Landtag Schleswig-Holstein, Bündnis 90/Die Grünen) nimmt noch einmal Bezug auf das vorgeschlagene EU-Büro. Er äußert sich dahingehend, dass zu differenzieren sei zwischen der konsularischen Vertretung, auch von mehreren europäischen Staaten, und einem EU-Informationsbüro, das die Europäische Union vertritt. Dies sollte nicht miteinander vermischt werden, da es zwei unterschiedliche Aufgaben seien, die damit wahrgenommen würden.

Frau **Prof. Schmidt-Kärner** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) weist darauf hin, dass es in Kaliningrad ein TACIS-Büro gebe, sodass die Kaliningrader nun die schwierige Aufgabe übernehmen könnten, die EU-Anträge zu studieren und damit umgehen zu lernen. Auch werde im universitären Bereich zumindest versucht, Anträge zu stellen. Zum Praktikantenprogramm führt Frau Prof. Schmidt-Kärner aus, dass dieses aus visatechnischen Gründen Hospitation genannt werde. Andernfalls könnte es sein, dass die Ausländerbehörde oder die deutsche Botschaft nach der Erlaubnis vom Arbeitsamt fragt. Ein Praktikumsplatz für osteuropäische Praktikanten laufe unter den gleichen schwierigen Bedingungen, wie einen normalen Arbeitsplatz zu finden. Ferner sei es verfahrenstechnisch günstiger, es Hospitation zu nennen, weil diese nicht honoriert werde, Praktika dagegen häufig honoriert würden. In diesem Jahr seien drei Anläufe geplant, so wollten im Mai zwei bis drei Duma-Abgeordnete für 14 Tage in den Kieler Landtag kommen, um sich hier vertraut zu machen.

Es werde ein sehr differenziertes Programm von morgens bis abends geben, und man sei bemüht, die Gäste zu beschäftigen. Ferner stünden auch Dolmetscherinnen der Kieler Universität als Betreuerinnen zu Verfügung. Die Visa-Fragen für diese Abgeordneten seien jetzt geklärt; man habe gemeinsam mit dem Präsidenten der Duma sechs Einladungen ausgesprochen, sodass die Abgeordneten über die Jahresvisa kommen könnten, was auch bedeute, dass die Brandenburger Seite sie zusätzlich nochmal einladen könnte.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Im Mai würden Herr Schöning und Herr Köhler von der Landtagsverwaltung für eine Woche nach Kaliningrad fahren, um dort in der Duma-Verwaltung zu hospitieren. Im September würden drei junge Leute aus der Duma-Verwaltung im Landtag hospitieren, hauptsächlich im IT-Bereich. Die Visa-Fragen müssten noch geklärt werden, man sei aber bereits dabei. Die Praktikanten würden nicht im Hotel, sondern in den Wohnheimen der Wirtschaftsakademie untergebracht. Auch versuche man, eine Betreuung zu bekommen, jedoch würden Deutschkenntnisse vorausgesetzt, sodass sich die Mitarbeiter mit den Praktikanten unterhalten könnten.

Zu den landwirtschaftlichen Projekten ergänzt Frau Prof. Schmidt-Kärner, dass das Ministerium für ländliche Räume ein großes Praktikumsprogramm durchführe und bereits im vierten Jahr für sechs Monate Praktikanten nach Schleswig-Holstein hole. Zudem hätten viele NGOs in der Landwirtschaft Projekte laufen. Erwähnenswert sei, dass die landwirtschaftliche Ausbildung nicht bei der Landwirtschaftskammer oder dem Landwirtschaftsministerium liegt, sondern in der Bildungsabteilung angesiedelt ist. Der Abteilungsleiter, Herr Dr. Fuchson, habe sich ganz explizit die hiesige Ausbildung angesehen und habe am Ende seiner dreitägigen Beobachtungen gemeint, er könne sich vorstellen, dass an eine landwirtschaftliche Schule in Polesk ein Praxiszentrum angebunden werden könnte.

In Schleswig-Holstein gebe es ein Praxiszentrum für die überbetriebliche Ausbildung für landwirtschaftliche Berufe, die ihn sehr beeindruckt habe. Dies könnte ein Modellprojekt in Kaliningrad werden, an dem sich dann die Ausbildung dort orientieren könnte. Das Schleswig-Holsteinische Ministerium für ländliche Räume sei sehr interessiert daran, dieses Projekt zu begleiten und Partner zu finden, um dieses konkrete Ausbildungsprojekt als Modell zustande zu bringen. Eine dahingehende Zusammenarbeit mit Brandenburg fände sie sehr sinnvoll.

Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) merkt an, dass auf Brandenburger Seite maximal an zwei Abgeordnete und zwei Verwaltungsmitarbeiter gedacht werde; man habe nicht den Spielraum von Schleswig-Holstein. Er fragt sodann Frau Prof. Schmidt-Kärner, wie sie die Bemerkung, wenn Jahresvisa existierten, könnte Brandenburg ebenso die Leute einlade, meinte. Es wäre doch nicht im Interesse der Sache, wenn immer die Gleichen nach Deutschland kämen.

Frau **Prof. Schmidt-Kärner** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) gibt Herrn Habermann (CDU) in diesem Punkt Recht, bringt aber zum Ausdruck, dass sie eigentlich erwähnen wollte, dass, wenn man das Jahresvisa verlängern würde, man sich vorstellen könnte, die Leute für andere Projekte oder nach Brandenburg einzuladen oder sie sich zu teilen (eine Woche Kiel, eine Woche Potsdam). Auf die Nachfrage des Abgeordneten Habermann (CDU), ob es angedacht war, die Übersetzungsleistung dazu zu kaufen, erwidert Frau Prof. Schmidt-Kärner, dass die Dolmetscherinnen aus der Universität bezahlt würden.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) erklärt, dass dies in Brandenburg kaum möglich sei und dass deshalb restriktiv gefordert wurde, dass die Praktikanten so gut Deutsch können müssten, dass sie den Ausführungen folgen können.

Frau **Prof. Schmidt-Kärner** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) betont, dass dieser Ansatz auch bei Ihnen bestehe, es aber in ihrem Hause üblich sei, den Gästen einen Ansprechpartner an die Seite zu stellen, der sich mit ihnen beschäftigt oder auch zum Abendessen geht und sie tagsüber ab und zu begleitet.

Vorsitzender Fischer (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) schlägt vor, den TOP 1 mit einer kurzen Zusammenfassung abzuschließen. Es könne bei der politischen Bewertung jenseits der einzelnen Projekte gesagt werden, dass die Ausschüsse für Europaangelegenheiten Fragen der Aus- und Fortbildung, der politischen Bildung überhaupt als eines der zentralen Probleme erkannt haben. Zweitens sei deutlich gemacht worden, dass Fragen der Landwirtschaft in den Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit rücken und dass gemeinsam eine Analyse hinsichtlich zu setzender Schwerpunkte durchgeführt werden muss. Ziel müsse die Demokratisierung sowie insbesondere die Aktivierung von Organisationen wie Rotes Kreuz, Kirchen usw. sein, über die hier wenig gesprochen worden sei. Der Vorsitzende gehe davon aus, dass Einigkeit darüber besteht, dass insbesondere diese zivilgesellschaftlichen Institutionen Träger der Arbeit in Richtung Kaliningrad sein müssen. Politik könne hier initiieren, flankieren und begleiten. Auch könne seiner Meinung nach darüber Einigkeit hergestellt werden, dass sich die Ausschüsse weiter dafür einsetzen, die Verkehrsanbindung zu verbessern, und die Landesregierungen sowie die Bundesregierung darauf hinweisen, dass die verkehrliche Anbindung, sollen die Initiativen Erfolg haben, so sein muss, dass sie Kontakt gewährleistet. Insbesondere solle darauf gedrängt werden, eine Flugverbindung zu bekommen, dies wäre der wichtigste Punkt.

Ferner sei die gemeinsame Linie der konsularischen Probleme erkannt worden. Ein Schwerpunkt sollte auf die Lösung dieser Frage in absehbarer Zeit gelegt werden. Dies müsse in den Gesprächen mit den Duma-Vertretern zum Ausdruck kommen, sei es nun unter schwedischem oder eigenem Dach. Auch erwarte man vom Auswärtigen Amt schnellstmöglich eine Lösung dieser Fragen oder zumindest eine aktive Gesprächskultur.

Auch sollte bezüglich des vorgeschlagenen EU-Büros eine Initiative gestartet und geprüft werden, was zur Einrichtung eines solchen Büros möglich ist, was dieses Büro machen kann, ob es bestehende Institutionen ergänzen kann, was neu angeboten werden kann und was es zukünftig, nach Erweiterung der Europäischen Union zu leisten vermag. Schließlich sollten sich die Ausschüsse im Ostseerat und in der Ostseeparlamentarierkonferenz dafür einsetzen, die Frage Kaliningrad in den Mittelpunkt zu stellen und aktiv zu diskutieren.

Vorsitzender Fischer schlägt vor, diese fünf Punkte als Beschlüsse zu fassen, so

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

weit es keine Widersprüche gibt, um zum nächsten TOP überzugehen. Er stellt die Zustimmung zu seinem Vorschlag fest und übergibt die Gesprächsleitung an Abgeordneten Lenz.

Zu TOP 2: Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit beider Länder bzw. Landtage mit der Republik Polen resp. einzelnen Wojewodschaften

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) erläutert die Beziehung Brandenburgs zu Polen und macht dabei deutlich, dass es aufgrund der langen gemeinsamen Grenze eine sehr enge Verbindung zu Polen gibt. Zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen habe Brandenburg drei Euroregionen in diesem Gebiet, die Projekte prüfen, die über INTERREG gefördert und dann in den Regionen entsprechend umgesetzt würden.

Im Bereich Bildung gebe es von Brandenburger Seite eine sehr enge Zusammenarbeit mit Polen, so seien die deutsch-polnischen Schulen zu nennen, in denen polnische Schüler ab der 11. Klasse in gemeinsamen Klassen das deutsche Abitur ablegen können. Auch hätten die deutschen Schüler die Möglichkeit, an diesen Schulen Polnisch zu lernen, sodass eine bessere Verständigung realisiert werden kann.

Das Thema Infrastruktur sei aufgrund der Nähe zu Polen ein sehr wichtiges und beschäftige den Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik im Rahmen der EU-Osterweiterung sehr stark. Problemfelder existierten bereits jetzt, es sei nur auf die langen Schlangen der LKW in Richtung Polen in Grenznähe wie auf die problembehaftete Abfertigung an der deutsch-polnischen Grenze verwiesen. Es werde versucht, solche Dinge (genügend Brücken und Verkehrsübergänge) im Vorfeld der EU-Osterweiterung zu klären, sodass, wenn die Entscheidung in Brüssel: Polen wird Mitglied der Europäischen Union, fällt, Brandenburg vorbereitet ist und nicht unnötige Staubereiche entstehen. In diesem Zusammenhang habe man gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die sich derzeit mit den Problemfeldern der EU-Osterweiterung beschäftigt. Inzwischen seien drei Sitzungen durchgeführt worden, zum Beispiel zu den Themen Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Verkehr und Infrastruktur.

In der ersten Runde habe man sich mit Vertretern der gemeinsamen Euroregion "Pomerania", die auch hier noch eine Rolle spielen könne, betrachtet man nur die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Westpommern, getroffen.

Vorsitzender Lenz äußert den Wunsch Brandenburgs, als indirekter Ostseeanrainer (via Oder) dort miteinbezogen zu werden.

Abgeordneter **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) merkt an, dass auch Norwegen sehr aktiv in der Ostseekooperation sei, obwohl es überhaupt keine

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Grenze zur Ostsee habe, und sieht daher auch für Brandenburg gute Chancen.

Frau **Schmidt-Holländer** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) weist eingangs auf ein älteres Abkommen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung mit Pomerania hin. Man sei bemüht, mit der Landesregierung eng zusammenzuarbeiten und sich abzustimmen, um Doppelarbeit zu vermeiden und Regierungs- und Parlamentsarbeit auseinander zu halten. Zwei Vertreter der Landesregierung seien anwesend, Herr Dr. Hesse und Herr Malkowski, die für spezifische Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung stünden. Der Landtag, vertreten durch den Landtagspräsidenten Arens, habe im letzten September ein Abkommen mit dem Sejmik in Danzig abgeschlossen. Dieses betreffe die Bereiche Europa-, Ostsee-, Regional- und Minderheitenpolitik. In diesem Zusammenhang seien der EU-Beitritt Polens und die Einbindung in die Ostseepolitik sehr wichtig, das würde deutlich durch das Kieker-Woche-Gespräch, das sich in diesem Jahr mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union beschäftigt. Es sei geplant, ein Jahresarbeitsprogramm aufzustellen. Herr Fischer habe diesbezüglich für den 11. März Vertreter aus Schleswig-Holsteins Universitäten, der IHK, aus der politischen Bildung und diverse Träger, die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Polen haben, eingeladen. Mit ihnen möchte der Europaausschuss konkrete Projektideen diskutieren. Vielleicht wäre es ganz hilfreich, wenn auch ein Vertreter aus Brandenburg zu diesem Termin am 11. März dazukommen könnte, sodass man ganz genau sehen kann, wo Dinge gemeinsam angegangen werden könnten.

Es gebe bereits einen ersten Rücklauf von den eingeladenen Trägern, und es seien zwei ganz konkrete Projekte skizziert worden, die auch für Brandenburg von Interesse sein könnten. Da man relativ am Anfang der Zusammenarbeit stehe, sei angeregt worden, dass sich Abgeordnete in einem Kurzseminar begegnen und ein interkulturelles Training abhalten. Es sei wichtig, den kulturellen Hintergrund seines internationalen Partners zu kennen und Verhaltensmuster zu identifizieren. Dies könne ein gemeinsames Projekt sein, wo Abgeordnete aus der Pomerania, aus Kaliningrad, aus dem Baltikum, Brandenburg und Schleswig-Holstein zusammen kommen, und solle am 11. März zur Sprache kommen. Ein weiteres Projekt sei ein Minderheitenprojekt. In Schleswig-Holstein gebe es Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie die deutsche Minderheit in Nordschleswig; in Brandenburg gebe es die Sorben, und in Danzig, also in der Pomerania eine deutsche Minderheit. Viele Minderheitenorganisationen hätten Nachwuchsprobleme beim Generationswechsel, Schwierigkeiten, Jugendliche anzuwerben. Und in diesem Projekt sei eine Begegnung angedacht, um sich über diese Probleme auszutauschen.

Ferner werde über andere Projekte nachgedacht. Hintergrund des Abkommens sei die regionale Reform in Pommern (neue Botschaftsstruktur), sodass sich für Schleswig-Holstein die Frage stelle, was kann man regional gemeinsam bewirken. Zu erwähnen sei die Euroregion, in deren Rahmen der Frage nachgegangen wird, wie man regionale Identität in Grenzregionen und grenzüberschreitende Infrastruktur schafft. Hierbei verweist Frau Schmidt-Holländer auf Abgeordnete Frau Rodust, die

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

im AdR sitzt und das Europa der Regionen vor Ort in Brüssel vorstellen könnte. Schließlich sei auf regionaler Ebene die Haushaltskompetenz anzusprechen.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) weist zu Beginn auf die Besonderheit hin, dass Brandenburg in seiner Verfassung den Auftrag habe, die Zusammenarbeit mit Polen vorrangig zu entwickeln. Dies ergebe sich aber auch schon aus der 250 km langen Grenze zu Polen. Diese Zusammenarbeit habe durch den Erweiterungsprozess der Europäischen Union und die Gebiets- und Verwaltungsreform in Polen viele Impulse bekommen. Von den 16 neu gebildeten Wojewodschaften habe Brandenburg mit Westpommern, Lubuskie, Großpolen und Masowien Partnerschaftvereinbarungen und mit der östlichen Wojewodschaft Podlachien eine lose Zusammenarbeit. Politisch wichtig sei es aber, ein Signal zu setzen, auch mit den östlichen Wojewodschaften, die als die Problemregionen gelten, zusammenarbeiten zu wollen.

Der EU-Bezug in der Zusammenarbeit sei durch das INTERREG- und PHARE/CBC-Programm vielfältig gegeben, und es sei erstmals zusammen mit den polnischen Grenzwojewodschaften ein gemeinsames ProgrammPlanungsDokument erarbeitet worden. Dabei hätten die Referenten für Polen die Wojewodschaften besucht und persönliche Arbeitskontakte hergestellt. Dies erleichtere dann auch die Ausarbeitung der Jahresprogramme, in denen die Ministerien konkrete Projekte benennen, die sie im nächsten Jahr ausführen wollen. Ein weiterer Bereich mit EU-Bezug seien die Twinning-Projekte, so mit der Wojewodschaft Lubuskie zur Schaffung von Verwaltungsstrukturen, und die Nutzung der europäischen Strukturfonds. Zudem seien über die Landesvertretung in Brüssel Praktikanten aus den Wojewodschaften eingeladen worden. Minister Prof. Dr. Schelter sei das einzige deutsche Mitglied im gemischten, beratenden Ausschuss AdR-Polen, der erstmals im vergangenen Dezember in Warschau getagt habe. Der Minister wolle in diesem Ausschuss das Thema der grenzüberschreitenden Arbeit stärker einbringen.

Des Weiteren gebe es die deutsch-polnische Regierungskommission für grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit, in der Brandenburg den Co-Vorsitz in der Arbeitsgruppe "grenznahe Zusammenarbeit" führe. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten sei zu sagen, dass Polen in der Brandenburger Vorbereitungsstrategie zur EU-Erweiterung eine herausragende Rolle spielt und es vier Schwerpunkte gibt, in denen Brandenburg eine Zusammenarbeit intensivieren wolle: Dies sei zum einen die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Stichwort „Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft“), die vom Bund und den Grenzwojewodschaften mitfinanziert würde und KMU bei der Kooperation unterstützt.

Es gebe in Lubuskie das Projekt „2win“. In diesem Zusammenhang habe es im vergangenen Jahr eine Präsentation in Warschau gegeben, Brüssel sei geplant. Zum anderen sei der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur und die Anbindung der Regionen an die Transeuropäischen Netze zu nennen. Ziel müsse sein, dass nicht nur die LKW's durchrauschen, sondern auch klein- und mittelständische Unterneh-

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

men in möglichst kurzer Zeit die Grenze überschreiten können, um mit Partnern in Polen kooperieren zu können. Ferner sei Ziel, eine grenzüberschreitende Arbeitsmarktstrategie zu entwickeln, sodass Defizite gemeinsam ausgeglichen werden können, sowie - ganz wichtig - soziokulturelle Projekte zu fördern, um mentale Barrieren gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem Nachbarland abzubauen.

Interkulturelles Lernen sei, wie schon erwähnt, zu fördern. Zudem sei die Sprachkompetenz eine sehr wichtige Frage. Man erwarte immer von den Polen wie selbstverständlich, dass sie Deutsch sprechen. Umgekehrt beherrsche kaum jemand Polnisch. Zumindest gebe es jetzt im Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten einen Polnischsprachkurs für Mitarbeiter des Hauses, um Defizite auszugleichen.

Auf Nachfrage des Abgeordneten **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) zu Details der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktstrategie sowie zur Arbeitsmarktstruktur der Grenzregion erklärt Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE, Brandenburg), dass diese mehr eine Zielvorstellung sei, als dass sie inhaltlich ausgefüllt wäre. Es gebe in der Tat eine Zusammenarbeit des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg mit den polnischen Arbeitsämtern. Jedoch gebe es noch längst nicht den erhofften Zustand, dass brandenburgische Arbeitskräfte auch mal in Polen arbeiten. Umgekehrt würden sicher viele polnische Arbeitskräfte in Brandenburg arbeiten, aber vielleicht nicht so viele, wie öffentlich unterstellt. Des Weiteren seien Ausbildungsprogramme von Bildungsträgern beispielsweise für Sekretärinnen oder für mittleres Management mit Blick auf den polnischen Markt zu erwähnen.

Abgeordnete **Rodust** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) beschreibt die Befürchtungen der Schleswig-Holsteinischen Bevölkerung vor einem Einfall von polnischen Arbeitskräften nach Deutschland, sobald dies möglich sei. Bei Gesprächen in Krakau und Breslau sei von polnischer Seite erklärt worden, dass diese Befürchtungen absolut unberechtigt seien, da die, die kommen wollten, schon lange da wären, und die Gutsausgebildeten vielleicht zu einem Praktikum kommen würden, aber in der Regel gar nicht erst ihr Land verlassen würden, weil sie mit ihrer Ausbildung gute Arbeitsplätze bekommen, besonders im IT-Bereich. Sie fragt Herrn Dr. Bethkenhagen, ob dies auch seine Wahrnehmung sei und ob er die Auffassung, die in Brüssel vertreten wird, dass es nach dem Regierungswechsel in Polen, bei dem befürchtet wurde, es würden europafeindlich gesinnte Personen mit an die Regierung kommen, schwieriger geworden sei, teilt und wie damit umgegangen werden solle.

Abgeordneter **Behm** (Landtag Schleswig-Holstein, FDP) schließt die Frage, ob Selbstständige oder Unternehmen im Grenzbereich durch Dumpingpreise von polnischen Auftragnehmern stark gegängelt würden oder ob sich bereits ein Ausgleich ergebe, an. Die IHKs seien der Ansicht, dass es im Baubereich eine große Konkurrenz durch polnische Unternehmen gebe, gesamtwirtschaftlich gesehen aber durchaus ein Ausgleich bestehen würde.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Abgeordnete **Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein, SSW) fragt nach, inwiefern es eine Verzahnung der Initiativen im Kulturbereich gebe und ob sie überhaupt noch eine Rolle spielen.

Abgeordnete **Rodust** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) möchte von Herr Dr. Bethkenhagen gern wissen, warum keine deutschen Arbeitnehmer in Polen arbeiten.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) merkt an, herausragendes Kennzeichen des Arbeitsmarktes in Polen und Deutschland sei die hohe Arbeitslosenquote. In beiden Arbeitsmarktbezirken gebe es eine Arbeitslosenquote von über 20 %. Landesweit liege die Arbeitslosenquote in Polen bei etwa 18/19 %, in der Grenzregion sei sie überdurchschnittlich hoch. Herr Dr. Bethkenhagen erklärt weiter, dass Brandenburg wie alle ostdeutschen Länder relativ wenig exportorientierte Wirtschaftszweige aufweise. Zwar profitiere das Land insgesamt wirtschaftlich von der Osterweiterung, jedoch würde der relativ hohe Importsog aus Polen und den anderen Beitrittskandidatenländern den Bundesländern mit einer hohen Exportverflechtung mehr nutzen.

Dies sei auch ein Punkt, der die Lücke leider nicht zum Schließen bringt. Hinsichtlich der Migrationsfrage teile Herr Dr. Bethkenhagen die von der Abgeordneten Rodust geäußerte Position. Die polnischen Arbeitskräfte würden nicht Arbeit in Regionen suchen, in denen 20 % Arbeitslosigkeit herrscht. Daher sei man insoweit von diesem Problem nicht betroffen.

Im Weiteren berichtet Herr Dr. Bethkenhagen über die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Sitz in Gorzów. Diese gebe sehr viel an Informationen und ganz praktischer Hilfe für die Kooperationsvermittlung an kleine und mittlere Unternehmen. Es sei aber noch so, dass sich gerade in den ostdeutschen Ländern viele Unternehmen gar nicht outen, dass sie mit Polen zusammenarbeiten, weil sie eine relative Rückwirkung auf ihr Image fürchten. So dominiere in der öffentlichen Diskussion die Furcht vor der Konkurrenz aus dem Nachbarland. Im Grunde habe man einen gemeinsamen Markt mit Polen im gewerblichen Bereich, denn die Assoziierungsabkommen würden ja einen Zollabbau auf beiden Seiten vorsehen, und man habe im gewerblichen Bereich keine Zölle mehr, sodass ein gemeinsamer Binnenmarkt schon Wirklichkeit sei und nicht erst mit dem Beitritt Polens zum Tragen komme. Selbst die Dienstleistungsfreiheit gelte quasi bereits, und polnische Unternehmen könnten sich schon jetzt in Brandenburg niederlassen. Sie dürften nur keine Arbeitnehmer aus Polen zur Durchführung der Arbeit holen, dafür seien Übergangsfristen vorgesehen.

Eine europafeindliche Regierung in Polen oder europafeindliche Elemente nehme man nicht wahr. Die jetzt bestehende Koalition sei einschließlich der Bauernpartei europafreundlich und verfolge das Ziel, die Beitrittsverhandlungen in diesem Jahr zum Abschluss zu bringen. Zwar habe das Angebot von EU-Seite, 25 % Direktzahlungen für die polnische Landwirtschaft vorzusehen, in Polen für viele Emotionen

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

gesorgt, doch würden diese auch wieder abklingen.

Über Dumping im Bau(neben)gewerbe durch die Konkurrenz aus Polen und aus dem Osten überhaupt gebe es viele Klagen der Unternehmen. Man müsse aber diesbezüglich nüchtern unterscheiden, was ist Klage und was ist berechtigte Klage. Es sei auf jeden Fall ein Strukturwandel erforderlich, und so würden sicherlich einige Unternehmen gegenüber der Konkurrenz aus dem Osten verlieren. Andere würden ihre Chancen nutzen und überleben. Konkrete Zahlen lägen ihm aber nicht vor, um zu sagen, wie viele Unternehmen aufgrund der Konkurrenz aus Polen nicht mehr überlebensfähig sein werden.

Zu der Frage hinsichtlich der Initiativen im kulturellen Bereich sei zu sagen, dass dies weitgehend unabhängig vom Nachbarschaftsvertrag aus 1991 laufe. Man habe in Brandenburg vier deutsch-polnische Gymnasien, deutsch-polnische Kindergärten und Schulen und die Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder mit den Collegium Polonicum. Dies sei eine Kooperation der Viadrina mit der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan. Ein Drittel der Studierenden an der Europauniversität komme aus Polen, das stelle einen sehr hohen Prozentsatz dar. Das Land Brandenburg habe für diese Studenten Zuschüsse gezahlt, und man komme damit an die Grenze der finanzielle Leistungsfähigkeit.

Auf die Nachfrage des Abgeordneten **Ritzek** (Landtag Schleswig-Holstein, CDU) in Bezug auf das Verhältnis zwischen der Größe der Wojewodschaften, mit denen Brandenburg zusammenarbeite, und der Anzahl der Einwohner, bezogen auf Brandenburg kann Herr **Dr. Bethkenhagen** nicht antworten. Dies würde nachgereicht.

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) antwortet auf die Frage des Abgeordneten Behm und erwähnt, dass man als Landtag Brandenburg bezüglich des Baubetriebs entlang der Grenze sehr intensiv mit der IHK und mit Handwerksunternehmen gesprochen habe. Auch habe das Land Brandenburg ein Grenzlandprogramm der Europäischen Union gefordert, das schließlich auch gekommen sei, es sei aber von der finanziellen Deckung her zu schwach. Man rede auch mit Handwerksunternehmen darüber, dass Unternehmen, die gute Arbeit leisten, nichts fürchten müssten. Es wird, so der Vorsitzende weiter, sicher Probleme in Spezialbereichen geben; Polen verfüge über hervorragende Stuckateure und Fachleute mit Spezialkenntnissen beim Straßenbau. Dies könne aber nicht auf die EU-Erweiterung geschoben werden, sondern beruhe darauf, dass innerhalb der Handwerksbetriebe manche Techniken nicht mehr so intensiv vermittelt werden, wie es notwendig wäre, sodass hier Konkurrenzdruck zu erwarten sei.

Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) gibt zu bedenken, dass keine Baufirma an der Grenze ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlt; anders hätten sie dem Druck in der Baubranche und dazu noch in Richtung Berlin nicht standhalten können und würden gar nicht mehr existieren. Die Grenze sei nur ein Teil des Problems.

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Abgeordnete **Höfs** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) bittet Herrn Dr. Bethkenhagen um Erläuterungen bzgl. der angesprochenen deutsch-polnischen Kindergärten.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) sagt, dass er nur ein Projekt in Frankfurt/Oder kenne, das es schon vor der Wende gab und das danach fortgeführt worden sei, zum Teil auch mit INTERREG-Mitteln. Dort kämen die Kinder täglich aus Slubice über die Grenze nach Frankfurt/Oder, und es werde Deutsch und Polnisch im Kindergarten gesprochen; mehr könne er darüber nicht sagen. Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) fügt an, dass der Wunsch bei den deutschen Kindern, Polnisch zu lernen, sehr gering ausgeprägt sei.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) zeigt das generelle Problem auf, dass Ostdeutsche wie Polen nach Westen schauen und man sich damit oft den Rücken zuwenden würde. Das meine er mit den mentalen Barrieren, die noch sehr ausgeprägt seien. Diese müssten aufgebrochen werden; diesbezüglich sei noch viel zu tun.

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) ergänzt, dass bei dem Besuch einer Schule in Frankfurt/Oder deutlich geworden sei, dass in den Köpfen der Schüler sehr stark verankert ist, man müsse sich in den alten Bundesländern oder Frankreich eine Arbeit suchen. Dies schlage sich auch in der Wahl der Fremdsprachen nieder. Die Chance, die sich mit Polnisch als zweiter Fremdsprache in einem wachsenden Markt im Rahmen der EU-Osterweiterung ergibt, werde von den Schülern nicht gesehen.

Abgeordneter **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) fragt nach, ob es auch Sorben auf der polnischen Seite gebe.

Abgeordneter **Habermann** (Landtag Brandenburg, CDU) erläutert, dass das sorbische Siedlungsgebiet sich nur in der Lausitz erstrecken würde. 20000 Sorben würden in Brandenburg, 40000 in Sachsen (Raum Bautzen) leben.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE, Brandenburg) merkt auf Nachfrage an, dass das Land Brandenburg keine Kontakte zu deutschen Minderheiten in Polen pflege oder unterstütze.

Frau **Schmidt-Holländer** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) erklärt zum Thema Arbeitsmarkt, dass aus Schleswig-Holsteinischer Sicht in erster Linie nicht das Lohndumping und die Migration die Probleme seien. Man habe eine Beratungsgesellschaft zur Beschäftigung im Lande, die sich insbesondere mit neuen Arbeitsmarktmodellen, Zeitarbeit und Förderung von Arbeitsprogrammen aus dem europäischen Sozialfonds beschäftige und an der Veranstaltung am 11. März teilnehmen werde. Herr Carstens von dieser Beratungsgesellschaft weile im Juni diesen Jahres in Danzig und erkundige sich, ob es dort eine analoge Gesellschaft gebe, mit der er dann neue Arbeitsmarktmodelle diskutieren kann. Frau Schmidt-Holländer halte die-

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

sen Ansatz für sehr interessant und sei der Auffassung, dass die Deutschen von der Flexibilisierung im Arbeitsmarkt noch viel lernen könnten. Möglicherweise werde Herr Carstens den Europaausschuss nach Danzig und Kaliningrad begleiten.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) ergänzt, dass die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung zukünftig eine viel größere Rolle spielen wird. Man höre in den Gesprächen mit den Partnern in den Grenzwojewodschaften, dass es die gleichen Ängste und Befürchtungen wie in Brandenburg gibt. In Polen habe man Angst vor dem Ausverkauf des Landes, auch gebe es zu wenig Informationen über die Europäische Union und Interesse an ihr. Auf diesem Feld wolle man die Zusammenarbeit intensivieren.

Man habe bereits mit Veranstaltungen zur EU-Erweiterung in den Grenzlandkreisen begonnen, in deren Rahmen auch die Partner der Landkreise aus Polen eingeladen werden sollen, um auch hier ins Gespräch zu kommen.

Frau **Schmidt-Holländer** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) kommt auf das Thema Minderheiten zurück und betont, dass Minderheitenschutz eine Säule der Demokratie darstelle, dies solle nicht vergessen werden. Für die Beitrittsländer, vor allem für das Baltikum, sei der Minderheitenschutz ausgesprochen wichtig im Hinblick auf den EU-Beitritt wie auch im Rahmen der Diskussion in der Ostseeparlamentarierkonferenz. Ferner betont sie den Zusammenhang zwischen dem Umgang mit Minderheiten und der Qualität einer Demokratie. Deshalb müsse von deutscher Seite Bewusstseinsbildung betrieben werden. So habe Minderheitenschutz in Schleswig-Holstein Verfassungsrang, auf Bundesebene sei dies leider nicht so explizit.

Frau **Schmidt-Kärner** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) ergänzt hierzu, dass sich in Kaliningrad Minderheiten seit zwei oder drei Jahren wieder organisieren können. So sei es der jüdischen Minderheit erlaubt, sich wieder öffentlich zu bekennen und Gebete abzuhalten und ihre Feiertage und -tage zu zelebrieren. Auf der Reise Ende April wolle man die deutsche Minderheit besuchen. Dies sei eine interessante Entwicklung, gerade für das Kaliningrader Gebiet.

Abgeordneter **Thiel** (Landtag Brandenburg, PDS) kommt auf die bevorstehende EU-Osterweiterung zurück und erwähnt in diesem Zusammenhang, dass sich in den neuen Bundesländern zwei Prozesse überlagern: auf der einen Seite der noch nicht vollendete Strukturwandel und auf der anderen Seite u.a. die Risiken und Ängste gegenüber der möglichen EU-Osterweiterung 2004. Parteiübergreifend werde in Brandenburg versucht, auf der mentalen Ebene die Chancen in dieser EU-Erweiterung zu sehen, aber dennoch nicht die Augen vor den Risiken zu verschließen. Wenn bei der EU-Osterweiterung die Produkt- und Dienstleistungsfreiheit und der freie Kapitalverkehr festgeschrieben sind, aber bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit Einschränkungen gemacht werden, dann geschehe dies sicherlich mit Blick auf Risiken. Jedoch verberge sich dahinter eine politische Absicht, und man habe als Par-

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

lamentarier noch eine ganze Menge zu tun. Nicht umsonst habe die Europäische Union einen Konvent einberufen, da die Frage im Raum stehe, welche Forderungen gegenüber den möglichen Beitrittsländern gestellt werden. Fraglich sei aber, wie die derzeitige Europäische Union auf so eine Erweiterung selber vorbereitet ist, und diesbezüglich gebe es Kritik aus allen Parteien. Es bestehe die Verantwortung, vor allem die Chancen zu sehen und bezogen auf die neuen Bundesländer solche Fragen mit klein- und mittelständischen Unternehmen zu klären, auch über staatliche Programme zu reden, zum Beispiel hinsichtlich der Eigenkapitalschwäche und der Markterschließung. Auch gebe es bereits Betriebe, die jetzt die Kooperationsbeziehungen herstellen und nicht erst auf den Beitritt Polens oder Tschechiens warten würden, um die sich dort ergebenden Chancen zu nutzen. Dies werde von den Parlamentariern sehr stark unterstützt.

Abgeordnete **Rodust** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) fragt nach, wie denn diese Unterstützung aussehe und ob es dafür extra Programme gebe.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) führt dazu aus, dass es zum Beispiel ein Bürgerschaftsprogramm für Unternehmen, die in Polen investieren, gebe. Jedoch würde dieses Programm nur in sehr eng begrenztem Maße genutzt; nur wenige Unternehmen aus Brandenburg würden in Polen investieren. Zudem gebe es im Rahmen des Grenzlandprogramms ein Programm für KMUs, das mit zehn Millionen Euro ausgestattet ist und für alle 123 Grenzregionen in fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Union Informationsveranstaltungen und Managementunterstützung sowie direkte Kooperationsvermittlung und Hilfe bei der Kooperationsanbahnung und -durchführung anbietet. Damit sei dieses Programm praxisnah. Schließlich sei auf die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu verweisen, die sehr viel an Beratungsleistung biete.

Frau **Schmidt-Holländer** (Landtag Schleswig-Holstein, Verwaltung) erinnert an das Referendum in Polen zum Beitritt zur Europäischen Union; zurzeit liege die Zustimmung bei ca. 50 %. Daher sei es sehr wichtig, die Europäische Union an den Bürger heranzutragen. Schleswig-Holstein habe eine sehr aktive Europäische Bewegung wie Europaunion, in denen sich Bürger und Verbände, die dem europäischen Gedanken sehr nahe stehen, aktiv für Europa einsetzen.

Dies könne ein ganz wichtiger Ansatzpunkt bei der Zusammenarbeit mit Polen sein. So könne man versuchen, die Europaunion und die Europäische Bewegung zusammenzubringen, so weit dies denn schon existiert. Auch gebe es eine solche Organisation in Danzig. Hier hätte der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik einen guten Ansatzpunkt, als Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik tätig zu werden.

Abgeordneter **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) ergänzt, dass es für den Beitritt Polens nicht nur einer Zustimmung von über 50 % bedarf, sondern auch eine 50-prozentige Wahlbeteiligung erforderlich sei. In diesem Zusammenhang bittet er

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

die Brandenburger Seite um eine politische Einschätzung, ob ein positives Referendum zustandekommen wird.

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) spricht über die Probleme, die sich durch die Länge des Aufnahmeverfahrens ergeben hätten. Die Euphorie der ersten Jahre sei zurückgegangen, man hoffe aber, dass das Referendum zustandekommt, denn wenn nur die baltischen Länder die Bedingungen erfüllen und aufgenommen würden, dann wäre es schon unter geographischen Gesichtspunkten schwierig. Deshalb habe man als direkter Nachbar immer gesagt, es liege Brandenburg sehr daran, dass die Erweiterung zuerst in Polen und Tschechien erfolgt, bevor sie in den baltischen Staaten und Südosteuropa vorgenommen wird. Andernfalls hätte man mehrere EU-Außengrenzen, was sich in der Zukunft sehr schwierig gestalten würde.

Abgeordnete **Spoorendonk** (Landtag Schleswig-Holstein, SSW) spricht die Haushaltsprobleme Polens an, die so massiv seien, dass sie für den Beitritt noch ein riesiges Problem darstellen könnten, und fragt, ob dies so sei. Als Vertreterin der dänischen Minderheit verweist sie auf die Einseitigkeit der regionalen Zusammenarbeit. Daher möchte sie konkreter wissen, was Brandenburg leistet, um die Barrieren in den Köpfen der Menschen abzubauen. Ihre Erfahrung sei, dass es, je mehr man sich auf zwischenmenschlicher Ebene verständigt und sich nicht in erster Linie als Deutscher, Pole oder Däne, sondern als Mensch betrachtet, desto einfacher sei es, Vorurteile abzubauen. Im Folgenden geht Abgeordnete Spoorendonk auf die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission in den 70er-Jahren ein, die das Vorbild für die Deutsch-Dänische Schulbuchkommission gewesen sei, und fragt, ob es solche Ansätze noch gibt. Schließlich erkundigt sich Frau Spoorendonk, ob es Programme oder Initiativen hinsichtlich der massiven Vorurteile gebe, denn man komme nicht weiter, wenn man nicht versucht, diese einzureißen.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) erklärt, dass Polen ein doppeltes Defizit habe: ein Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem Ausland und ein stark gestiegenes inländisches Defizit bei rückläufigem Wirtschaftswachstum. Der Begriff "polnische Wirtschaft" sei in den letzten sechs, sieben, acht Jahren immer positiv besetzt gewesen, (stabiles Wachstum mit 5 % im Jahresdurchschnitt). Im vergangenen Jahr habe das Wachstum bei 1 % gelegen, und in diesem Jahr werde es wahrscheinlich wieder so sein.

Dies sei natürlich eine ungünstige Entwicklung, dass gerade in der Zeit, da der EU-Beitritt ansteht, das Wirtschaftswachstum sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Dennoch sei er sich ziemlich sicher, dass das Referendum positiv ausgehen werde, denn die Zahl der Unentschlossenen sei immer noch relativ hoch, und von den Entschlossenen votierten 60 bis 65 % für den EU-Beitritt.

Zum Abbau mentaler Barrieren gebe es kein Regierungsprogramm, denn dies würde auch schwer oder wenig erfolgreich sein. Man habe negative Erfahrungen mit Kampagnen gemacht, als es um die Fusion mit Berlin ging. Insofern überlasse man

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

dies den NGOs und unterstütze damit deren Arbeit. Im Rahmen der Euroregionen und des INTERREG-Programms würden beispielsweise soziokulturelle Projekte gefördert, die vom Kindergarten bis zu den Senioren sowie Schulpartnerschaften reichen. Nur über die menschliche Begegnung könnten Vorurteile abgebaut werden. Beklagt werde die Asymmetrie; die Eliten seien sich einig, sie brauche man nicht mehr groß zu überzeugen, dass Zusammenarbeit wichtig ist. Aber es gebe eine große Fallhöhe. Man finde viele, viele Vorurteile. So würde ein in Berlin nach der Entfernung zu Polen Gefragter eine dreistellige und nicht, wie es richtig wäre, ein zweistellige Zahl nennen. Dies spiegele die Mentalität wieder. Auch höre man immer wieder, die Grenzabfertigung dauere so lange. Das stimme aber nur für einige Tage im Jahr, jedoch sei so die Wahrnehmung. Ein wichtiger Punkt sei deshalb auch, wie die Medien mit dem Thema umgehen. Die Landesregierung habe wegen dieser Problematik auch analog zur deutsch-französischen Chefredakteurkonferenz eine deutsch-polnische Chefredakteurkonferenz initiiert, die von der Bosch-Stiftung organisiert und finanziert wird und bisher zweimal mit großem Erfolg stattgefunden hat.

Ferner merke man zunehmend, dass sich die Lokalpresse der Themen der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei etc. annehme. Es gebe beispielsweise eine enge Zusammenarbeit zwischen der brandenburgischen Staatsanwaltschaft und der in Posen. Des Weiteren sei ein Abkommen geschlossen worden, das gemeinsame Streifen und Grenzkontrollen sowie Sprachprogramme für die Polizisten auf beiden Seiten vorsieht. Auch passiere sehr, sehr viel im Kleinen, von dem man gar nichts wisse. So könne nur darauf hingewiesen werden, dass die Erweiterung die Lösung des Problems sei und dass sie nicht neue Probleme produzieren wird.

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) weist auf die fortgeschrittene Zeit hin. Er sehe einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt nur in der Zusammenarbeit in der Pomerania, der Sinn mache und in Ergänzung zu Kaliningrad stehe. Polnische Probleme seien im Weiteren aufgrund der langen gemeinsamen Grenze eher auch brandenburgische Probleme.

Herr **Dr. Bethkenhagen** (MdJE Brandenburg) bietet, vorbehaltlich einer Leitungsentscheidung, an, dass ein Vertreter des MdJE, Herr Freistedt, an den Gesprächen am 11.März teilnimmt.

Zu TOP 3: Verschiedenes

Abgeordneter **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) fragt an, was der brandenburgische Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik mit Blick auf den Konvent tun wolle, da dies ja ein Punkt sei, der die Abgeordneten in den nächsten anderthalb Jahren begleiten wird.

Vorsitzender Lenz (Landtag Brandenburg, SPD) erwähnt, dass man sich in diese

Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
27. Sitzung

28.02.2002
ma-gr

Problematik einbringen werde, dies gehöre einfach dazu, und man werde dieses Jahr dazu noch tagen. Des Weiteren regt er an, ein Gremium zu bilden, dass sich über Telefon und Schrift verständigt und eine koordinierende Funktion zwischen Brandenburg und Schleswig-Holstein wahrnehmen soll, sodass die Kontakte nicht immer auf so großer Ebene stattfinden, aber dennoch nicht "im Keller" landen, denn die heutige Veranstaltung habe gezeigt, dass eine Verständigung zu den besprochenen Themen durchaus notwendig und wichtig ist.

Abgeordnete **Rodust** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) schlägt vor, nach der Kaliningrad-Reise des Schleswig-Holsteinischen Europaausschusses nach Brandenburg zu fahren, da man dann wieder neue Fragestellungen habe.

Abgeordneter **Fischer** (Landtag Schleswig-Holstein, SPD) ist der Meinung, dass dies aufgenommen werden sollte, und merkt an, dass insbesondere beim Thema Kaliningrad Koordinierungsbedarf bestehe, auch auf der politischen und parlamentarischen Ebene. Vielleicht könne man sich Hinweise geben, wo man Schwerpunkte setzt und diese auch miteinander absprechen. Dies wäre ein Arbeitsbereich für eine solche Gruppe, die vorbereitend tätig würde. Er fragt an, ob die Sitzung der beiden Ausschüsse in Brandenburg aufgenommen werden kann und schlägt die Tagung einer kleinen Gruppe als Vorschaltung vor, sodass man dort schon ein oder zwei konkrete Punkte einbringen könnte. Auch Pomerania sei dort ein Thema. Man stehe diesbezüglich ja erst am Anfang und sei demnach auf Hinweise und Informationen angewiesen. Und das Treffen heute sei sehr informativ gewesen dahingehend, auch die Stimmungslage, die in den Regionen herrscht, mitzubekommen. Dies wäre nicht durch einen einwöchigen Besuch möglich, sondern nur, indem man über die Probleme diskutiert; das sollte man fortsetzen.

Für den Ausschuss gebe es keinen Hinderungsgrund, eine Untergruppe zu bilden, wieder zusammenzutreffen und vielleicht in einem zweiten Schritt das Konventgeschehen miteinzubeziehen. Nie sei der Einfluss der Parlamentarier so groß gewesen wie jetzt, und man sollte von Landesseite gemeinsam versuchen, auf die Bundesregierung Einfluss zu nehmen, das würde die Schlagzahl erhöhen.

Vorsitzender Fischer und **Vorsitzender Lenz** bedanken sich für die gute und engagierte Diskussion.

Die Sitzung wird geschlossen.

Manfred Lenz
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses
für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik